

# Antrag

## der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Für gleichwertige industrielle Strukturen im Osten: Sachsen aus der Rolle der verlängerten Werkbank führen**

Der Landtag möge beschließen,

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Freistaat ist ein bedeutender Industriestandort. Mit Blick auf die Eigentumsstrukturen besteht in den Schlüsselindustrien eine starke Abhängigkeit von Konzernzentralen außerhalb von Sachsen. Trotz hoher Produktivität finden Forschung, Entwicklung und strategische Entscheidungen häufig nicht in Sachsen statt.
2. Bisherige Industrie- und Strukturpolitische Maßnahmen konnten dieses historisch begründete strukturelle Ungleichgewicht gegenüber westdeutschen Industriestandorten nicht überwinden.
3. Ostdeutsche Industriestandorte sind strukturell durch eine geringere Präsenz von Unternehmenszentralen, niedrigere Forschungs- und Entwicklungsintensität sowie eine geringere Einbindung in strategische Wertschöpfungsketten gekennzeichnet. Dies führt zu eingeschränkten regionalen Entscheidungskompetenzen und einer erhöhten Krisenanfälligkeit. In Zeiten wachsender globaler Überkapazitäten und zunehmendem strategischen Protektionismus, insbesondere in Ostasien und Amerika, wachsen die Herausforderungen für den Industriestandort Europa und Deutschland insgesamt. Die daraus resultierenden Standortrisiken bedrohen die ostdeutschen Industriestandorte strukturell besonders stark.
4. Diese strukturellen Unterschiede wirken sich langfristig auf Innovationskraft, Lohnentwicklung und wirtschaftliche Resilienz aus und stellen ein fortbestehendes Ungleichgewicht zwischen ost- und westdeutschen Industrieregionen dar.

## II. Die Staatsregierung wird aufgefordert:

1. in enger Abstimmung mit den sächsischen Kammern und Gewerkschaften eine Gesamtstrategie zur Stärkung industrieller Wertschöpfung, regionaler Lieferketten und unternehmerischer Entscheidungsfunktionen in Sachsen zu entwickeln und dem Landtag bis zum Stichtag 31.01.2027 vorzulegen. Dabei sind insbesondere
  - a) unter wissenschaftlicher Beteiligung Maßnahmen zu entwickeln, die die langfristige Etablierung und den nachhaltigen Aufbau von Unternehmenszentralen, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sowie strategischen Steuerungseinheiten in Sachsen fördern und die Förder- und Unterstützungsangebote im Freistaat so nachhaltig auszugestalten, dass auch Neuansiedlungen langfristig im Freistaat verankert werden;
  - b) die Clusterförderung weiterzuentwickeln, um den Umbau bestehender Industrien zu unterstützen, industrielle Wertschöpfungsketten im Land zu vertiefen und die Abhängigkeit von externen Konzernentscheidungen zu reduzieren und dafür bei Bedarf die Richtlinie Clusterförderung entsprechend anzupassen;
  - c) die Einrichtung von landeseigenen oder länderübergreifenden Transformations- und Beteiligungsinstrumenten zu prüfen, um strategische Schlüsselunternehmen mit Standorten in Sachsen zu stabilisieren, dafür unterschiedliche Mechanismen und Szenarien sowie jeweils die Kosten, finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt über einen Zeithorizont von 10 Jahren, Risiken und volkswirtschaftlichen Nutzen abzuwägen und diese Optionen, aufgrund der herausragenden wirtschaftlichen Bedeutung als größter industrieller Arbeitgeber im Freistaat, insbesondere für Volkswagen zu erwägen.
2. sich auf Bundesebene für eine koordinierte industriepolitische Strategie zur Angleichung struktureller Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Industriestandorten einzusetzen.

### **Begründung:**

Sachsen ist stark in der Produktion, aber zu viele Entscheidungen fallen noch immer anderswo. Der Freistaat Sachsen verfügt über eine leistungsfähige industrielle Basis und starke Schlüsselbranchen. Gleichzeitig zeigt sich ein strukturelles Defizit. In vielen Fällen ist Sachsen vor allem Produktionsstandort. Zentrale Entscheidungen über Forschung, Entwicklung, Investitionen und Standortstrategien werden häufig außerhalb des Freistaates getroffen. Unternehmenszentralen und strategische Leitungsfunktionen liegen weiterhin überwiegend in westdeutschen Bundesländern oder im Ausland. Damit entstehen auch wichtige Teile der Wertschöpfung, insbesondere in den Bereichen Steuerung, Innovation und strategische Planung, nicht in Sachsen.

Damit in Sachsen dauerhaft hochwertige Arbeitsplätze, Innovation und langfristige Investitionen entstehen, braucht es mehr zentrale Unternehmensfunktionen vor Ort. Solche Strukturen ziehen Investitionen an, stärken Kooperationen mit Forschungseinrichtungen und führen zu mehr Zusammenarbeit mit dem regionalen Mittelstand. Ohne diese Funktionen bleiben Regionen dauerhaft von externen Entscheidungen abhängig.

Auch in Ostdeutschland sollen künftig große börsennotierte Unternehmen mit Hauptsitz entstehen. Dafür müssen industriepolitische Instrumente gezielt weiterentwickelt werden. Beteiligungsmodelle können dazu beitragen, Eigenkapitalbasis und langfristige Unternehmensentwicklung zu stärken. Eine Stiftungslösung in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft ist durch die sächsische Industrie- und Handelskammer als langfristiges Instrument vorgeschlagen worden.

Eine systematische Wirtschaftspolitik ist erforderlich, um Sachsen aus der Rolle der „verlängerten Werkbank“ herauszuführen. Daher bedarf es einer klaren Strategie mit messbaren Zielen und geeigneten Instrumenten. Die Einbindung wissenschaftlicher Expertise ermöglicht die Bewertung unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ansätze auf Grundlage vergleichbarer Daten.

Wer öffentliche Förderung erhält, muss auch Verantwortung für regionale Wertschöpfung übernehmen. Der Freistaat hat bislang zu wenig darauf hingewirkt, öffentliche Förderung mit klaren industriepolitischen Interessen zu verbinden. Infrastrukturinvestitionen und Transformationsprogramme sollten stärker daran geknüpft werden, dass regionale Wertschöpfung und langfristige Beschäftigung in Sachsen gesichert werden.

Sachsen verfolgt bereits eine aktive Clusterförderung, die jedoch gezielt darauf ausgerichtet werden muss, eine höhere Wertschöpfungstiefe im Freistaat zu sichern und die Eigentumsstrukturen regional robuster aufzustellen. Hierzu sind insbesondere der sächsische Mittelstand stärker in Clusterstrukturen einzubinden, die gezielte Unterstützung von wachstumsstarken Unternehmen (Scale-Ups) auszubauen und lokale Wirtschafts-, Stoff- und Energiekreisläufe zu stärken.

Der Automobilstandort Sachsen zeigt beispielhaft, wie sehr industrielle Stärke von Entscheidungen außerhalb der Region abhängen kann. Seit der Gründung der Volkswagen Sachsen GmbH im Jahr 1990 – mit erheblicher öffentlicher Unterstützung – hat sich Sachsen zu einem zentralen Standort der Automobilindustrie entwickelt. Das Werk Zwickau ist heute ein wichtiger Baustein der Transformation zur Elektromobilität und trägt wesentlich zur technologischen Entwicklung des Konzerns bei. Strategische Entscheidungen werden jedoch weiterhin außerhalb Sachsens getroffen. Mit der geplanten Integration der Volkswagen Sachsen GmbH in die Volkswagen AG werden eigenständige Strukturen der sächsischen Standorte weiter reduziert. Gleichzeitig bestehen Unsicherheiten über die langfristige Modell- und Produktionsplanung über das Jahr 2030 hinaus. Die Sicherung der Interessen des Freistaates Sachsen findet in diesen Entscheidungen bislang keine ausreichende Berücksichtigung. Um eine zentrale Rolle der Automobilindustrie für den Standort langfristig zu sichern und bei Transformationsentscheidungen Berücksichtigung zu finden, sind strategische Formen der Beteiligung zu prüfen.

Angesichts der erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung der Automobilindustrie für Sachsen ist es erforderlich, unterschiedliche Handlungsoptionen systematisch zu prüfen und transparent abzuwägen. Dazu gehört die Prüfung unterschiedlicher Beteiligungsinstrumente, auch alternative Modelle der Beteiligung, insbesondere von Bürgschaften oder Transforma-

tionsdarlehen unter Berücksichtigung regulatoriver Gestaltungsbedarfe und rechtlicher Rahmenbedingungen, dem EU-Beihilferecht sowie dem VW-Gesetz, mit der Bewertung finanzieller Auswirkungen möglicher Maßnahmen über einen längeren Zeitraum, um Risiken und Chancen für den Landeshaushalt realistisch einschätzen zu können.

Transformation zentraler Industrien erfordert erhebliche Investitionen, die häufig nicht allein durch klassische Förderinstrumente gedeckt werden können. Neben Transformation und Investitionsbedarfen steht der sächsische Mittelstand vor einem tiefgreifenden Generationswechsel. Ein signifikanter Anteil der Nachfolgen endet nicht in regionaler Weiterführung, sondern in Verkauf oder Stilllegung. Insbesondere Eigenkapital spielt eine entscheidende Rolle, um Unternehmen in Transformationsphasen strategisch handlungsfähig zu halten. Staatliche oder staatlich initiierte Beteiligungsinstrumente können hier eine wichtige Ergänzung darstellen, indem sie langfristig orientiertes Kapital bereitstellen und gleichzeitig öffentliche Interessen an Standortentwicklung und Beschäftigung absichern.

Die derzeitigen industriepolitischen Instrumente auf Bundesebene sind bislang nicht ausreichend, um strukturelle Nachteile gezielt zu überwinden. Um eine nachhaltige Angleichung der industriellen Strukturen zu erreichen, bedarf es daher einer stärker koordinierten und explizit auf den Ausgleich struktureller Defizite ausgerichteten Industriepolitik des Bundes, die gezielt auf den Aufbau eigenständiger Wertschöpfungsstrukturen, strategischer Unternehmensfunktionen und regionaler Entscheidungskompetenzen in Ostdeutschland ausgerichtet ist.

Dresden, den 13. Mai 2026



Unterschrieben von  
VALENTIN LIPPMANN  
am 13.05.2026

i.V.

Franziska Schubert, MdL  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN